

2.ordentlicher Bundesfrauenrat von Bündnis 90/Die Grünen  
14. und 15. November, Berlin Bundesgeschäftsstelle

Beschluss:

## **Für eine starke grüne Frauenpolitik in der Opposition. Wir sind viele. Wir sind stark. Wir sind Grün.**

Noch nie haben so viele Wählerinnen und Wähler der Partei Bündnis 90/ Die Grünen ihr Vertrauen ausgesprochen, wie bei der Bundestagswahl 2009. Wieder waren die Wählerinnen ausschlaggebend für unseren Erfolg und das erstmalige Erreichen der Zweistelligkeit. Dank 12 Prozent weiblichen Stimmanteils, konnten wir das historische Ergebnis von 10,7 Prozent erringen und werden jetzt von 37 Frauen und 31 Männern im Deutschen Bundestag vertreten. Keine andere Partei ist, was die Gleichstellung anbelangt, so glaubwürdig wie wir. Dass wir den höchsten Frauenanteil aller Fraktionen im Bundestag stellen, ist ein nach außen sichtbares Zeichen: wir nehmen die Gleichstellung von Frauen und Männern ernst - auch innerhalb unserer Partei.

Wir haben die Auswirkungen von Politik auf die Geschlechter im Blick und erarbeiten konsequente Konzepte damit der notwendige Wandel unserer Gesellschaft nicht zu Lasten der Frauen geht. Unser Werben für einen neuen Gesellschaftsvertrag, der Ökologie mit Ökonomie und Sozialer Sicherheit verknüpft, hat viele Menschen erreicht. Darauf wollen wir aufbauen und zusammen mit diesen Frauen und Männern daran arbeiten, dass ein neuer Gesellschaftsvertrag das Zusammenleben in unserer Gesellschaft auf eine gerechtere solidarische und nachhaltige Basis stellt.

Es ist diese Verknüpfung, die unsere Politik gerade für Frauen die nach wie vor den Hauptteil der gesellschaftlichen Arbeit leisten so attraktiv macht.

### **Herausforderungen unter einer schwarz-gelben Regierung**

Allerdings ist es uns nicht gelungen, eine schwarz-gelbe Mehrheit zu verhindern. In der Opposition stehen wir Grünen jetzt vor neuen Herausforderungen. Von der großen Koalition wurde kein einziges Gesetz zur Gleichstellung erlassen. Im schwarz-gelben Koalitionsvertrag verlieren sich Union und FDP in hohlen Phrasen und nebulösen Ankündigungen, die uns der Gleichstellung keinen Zentimeter näher bringen werden. Die konservativ-liberale Steuerreform kennt nicht die Abschaffung des Ehegattensplittings. Sie will ‚prüfen‘ ob Alleinerziehende entlastet werden können, sie ‚erwägt‘ die bessere Anrechnung von Erziehungszeiten bei der Rente und will Firmen ermöglichen auszurechnen, wie stark die Lohnungerechtigkeit in ihrem Unternehmen ist. Von Gesetzen weit und breit nichts zu lesen.

Damit bleiben wir in der Verantwortung Gleichstellung auch in der Opposition voranzubringen. Wir werden die Defizite der schwarz-gelben Koalition klar und deutlich aufzeigen. Unsere neue Stärke wollen wir dafür nutzen, gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen und eine klare Alternative zu bieten. Wir werden deutlich machen, dass gerade unter frauenpolitischen Gesichtspunkten, für eine moderne und gerechte Gesellschaft weder konservativ-patriarchale Strukturen noch neoliberale Ignoranz gegenüber bestehender Diskriminierungen tragbare Lösungen sind.

Nach wie vor befinden wir uns in der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit. Wir sind der Überzeugung: wenn wir gestärkt aus der Krise kommen wollen, darf es kein „Weiter so“ geben. Eine einfache Antwort auf die vielfältigen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen gibt es nicht. Die Krise zeigt auch, wie notwendig eine finanzielle Eigenständigkeit von Frauen – auch und gerade beim Leben mit Kindern – für die Armutsvermeidung ist.

Das konservative Festhalten an tradierten Geschlechterverhältnissen und dem Alleinernährermodell steht dem diametral entgegen und wird zudem teuer erkaufte. Das Festhalten an Rollenklischees programmiert Armut vor. Die notwendigen Reformen, wie die Abschaffung des Ehegattensplittings und der Anrechnung des Partnereinkommens beim ALG II werden im Koalitionsvertrag nicht einmal erwähnt. Die Erhöhung der Anrechnung des Schonvermögens betrifft kaum jemanden – Frauen schon gar nicht. Der solidarische Umbau der Krankenversicherung, in der jede und jeder eigenständig, das heißt unabhängig von dem/r EhepartnerIn abgesichert ist, ist in weite Ferne gerückt. Im Gegenteil: der Murks der letzten Jahre wird fortgeschrieben und durch das Einfrieren des Beitrages für Arbeitgeber noch unsolidarischer finanziert.

### **Der grüne neue Gesellschaftsvertrag**

Wir Grüne haben in unserem grünen neuen Gesellschaftsvertrag unsere frauen- und geschlechterpolitischen Ziele klar benannt und damit die Grundlage für eine scharfe Oppositionsarbeit geschaffen. Wir wollen einen neuen Gesellschaftsvertrag, der auch ein neuer Vertrag zwischen den Geschlechtern ist. Wir wollen, dass Frauen und Männer diskriminierungsfrei leben können und eine Gesellschaft, die allen unabhängig von ihren Lebensentwürfen und Geschlechtszuschreibungen Entwicklungsspielräume lässt.

Unser Ziel ist die eigenständige Existenzsicherung für alle Frauen, gleiche Chancen am Arbeitsmarkt und an gesellschaftlicher und politischer Teilhabe.

Deshalb stehen wir:

- für klare gesetzliche Regelungen statt Prüfaufträgen und freiwilliger Selbstverpflichtung.  
Das Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft ist überfällig und eine gesetzliche Quote für Frauen in Aufsichtsräten würde Gleichstellung befördern und die Arbeit dieser Gremien verbessern.
- für die Abschaffung des Leitbilds des Alleinernährers.  
Das geplante Betreuungsgeld wirkt als Herdprämie für Frauen und behindert den notwendigen Ausbau der Betreuungsinfrastruktur. Das Ehegattensplitting ist sozial ungerecht und wirkt sich negativ auf die Erwerbstätigkeit von Frauen aus. Wir stehen für eine Bürgerversicherung in der Krankenversicherung die alle, unabhängig vom Familienstand mit eigenen Ansprüchen absichert.
- für die eigenständige Existenzsicherung.  
Ein gesetzlicher Mindestlohn, wird von schwarz-gelb verhindert, dabei würde er vor allem Frauen zugute kommen, die den Großteil der Beschäftigten in schlecht bezahlten Branchen stellen. Die Anrechnung des Einkommens des/der Partnerin

im ALGII Bezug, schreibt die Abhängigkeit von Frauen in dieser Situation fest. Eine Erhöhung des Regelsatzes halten wir für notwendig.

- für effektive Maßnahmen zur Lohngleichheit.  
Im Koalitionsvertrag heißt es "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" soll umgesetzt werden. Das zeigt überdeutlich, dass diese Koalition nichts verstanden hat, denn es geht in erster Linie um die Eingruppierungen, die gerechter gestaltet werden müssen damit endlich gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit bezahlt wird. Wir brauchen nicht weitere Bilanzierungen und Werben in der Wirtschaft, sondern konkrete gesetzliche Maßnahmen. Die ArbeitgeberInnen müssen Lohnkriterien transparent machen. Der öffentliche Dienst muss seine Eingruppierungskriterien überarbeiten. Und wir brauchen ein Verbandsklagerecht, damit diese Ungerechtigkeit auch juristisch angegangen werden kann.
- für die Bekämpfung diskriminierender Strukturen  
Es gibt vielfältige Strukturen, die Frauen am Ein- und Aufstieg im Berufsleben, der Wissenschaft und im Politikbereich hindern. Dies gilt insbesondere für Migrantinnen. Wir wollen eine gesetzliche Regelung, die eine paritätische Beteiligung von Frauen in der Politik garantiert.
- für eine bessere gesetzliche Grundlage moderner Familienformen und ein volles Adoptionsrecht für Schwule und Lesben.
- für die Sicherung und Stärkung von Frauenhilfestrukturen als staatliche Pflichtaufgabe auf hohem Niveau.  
Hier will die Koalition wider besseren Wissens nicht einmal eine bundeseinheitliche Finanzierung prüfen! Und wir brauchen einen besseren Schutz und mehr Rechte für Opfer von Zwangsheirat, von Frauenhandel und Zwangsprostitution.
- für die konsequente Umsetzung von Gender Mainstreaming und eine geschlechterpolitische Folgenabschätzung in allen Politikbereichen, sei es Gesundheit, Bildungs-, Sozial-, oder Wirtschaftspolitik.
- für eine Außen- und Entwicklungspolitik, die die Stärkung von Frauen zum Ziel hat und Frauenrechte international ernst nimmt. Die UN-Resolutionen 1325 und 1820 müssen mit einem nationalen Aktionsplan endlich umfassend umgesetzt werden und die Vergabe von Entwicklungsschilffgeldern an die Umsetzung von Gender Mainstreaming gebunden werden.

### **Gemeinsames Handeln**

Um dies umzusetzen brauchen wir breite Unterstützung und Mitarbeit, auch von Männern. Immer mehr Männer erkennen, dass der Abschied von traditionellen Geschlechterrollen, auch ihnen breitere Wahlmöglichkeiten und damit mehr Freiräume eröffnet. Geschlechterpolitik heißt für uns selbstverständlich auch die Anliegen von Männern und Jungen in den Blick zu nehmen und die Problemlagen wahrzunehmen. Wir werden Männerpolitik nicht gegen Frauenpolitik in Stellung bringen, sondern begreifen sie als notwendiges Politikfeld zur Erreichung von Geschlechterdemokratie.

In Zeiten der großen Koalition war in Sachen Gleichstellungspolitik Stillstand angesagt. Außer halbherzigen Versuchen, die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf zu erleichtern ist nichts passiert. Dies hat bei frauenpolitisch Interessierten zur Desillusionierung geführt, der wir jetzt entschieden entgegentreten müssen. Schwarz-gelb will die Weichen z.B. mit der Einführung des Betreuungsgeldes in eine falsche Richtung stellen. Statt dringend benötigtem Ausbau der Infrastruktur, wird ein Abbau immer wahrscheinlicher. Das wird insbesondere Mütter betreffen und das gesamte Arbeitszeitvolumen von Frauen stagnieren lassen. Deshalb brauchen wir alle AkteurInnen, um uns gemeinsam gegen diesen Richtungswandel zu stemmen.

Bereits heute sind wir gut mit frauenpolitischen Initiativen und Verbänden vernetzt. Diese Zusammenarbeit muss weiter ausgebaut werden. Hier sind wir alle in der Pflicht: vom Kreis- oder Ortsverband bis hin zu Bundesebene, wollen wir die Zusammenarbeit mit frauenpolitischen Initiativen vor Ort stärken und verstetigen. Innerhalb unserer Mitgliedschaft wollen wir Frauen ermutigen aktiv zu werden. Mit gezieltem Mentoring und Sprungbrettkampagnen wollen wir Frauen auf allen Ebenen für Ämter gewinnen und vorbereiten. Unsere Gremien müssen offener und attraktiver werden und die Formen des Engagements müssen zu den Möglichkeiten und Lebenssituationen der Frauen passen. Wir sehen dabei die Gesamtpartei in der Verantwortung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Gender Mainstreaming nicht nur in unserer Programmatik fest verankert wird, sondern auch innerhalb unserer Gremien konsequent umgesetzt wird. Der Neue Grüne Gesellschaftsvertrag muss unter uns Grünen schon jetzt Realität werden!

Eine emanzipative Frauenpolitik und eine engagierte Geschlechterpolitik sind Alleinstellungsmerkmale von Bündnis 90/ Die Grünen. Hier genießen wir eine große Glaubwürdigkeit und Kompetenzzuschreibung. Diesen Vorsprung gilt es zu halten und auszubauen. Wir werden nicht auf die anderen warten und uns auf unserem Ruf ausruhen. Wir müssen jetzt anfangen, noch besser zu werden und unseren Führungsanspruch in Sachen Frauen- und Geschlechterpolitik weiter ausbauen.